

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Toni Schuberl**, Cemal Bozoglu **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 06.02.2020

- mit Drucklegung -

Campus Alternative Bayern

Am 16.1.2017 hatten zwei Studenten an der Uni Passau die sogenannte „Campus Alternative Passau“ (CA), eine Hochschulgruppe der AfD gegründet und am 19.1.2017 die Registrierung als Hochschulgruppe beantragt. Diese Registrierung wurde am 10.5.2017 von der Uni Passau vollzogen. Die Gruppierung war eng mit der sogenannten „Jungen Alternative“ (JA), der Jugendorganisation der AfD verbunden. In der ursprünglichen Satzung der CA hieß es *„Die Hochschulgruppe hat ausschließlich den Zweck der Vertretung hochschulpolitischer Interessen der Jungen Alternative Bayern, insbesondere durch die Teilnahme an Hochschulwahlen und sonstiger politischer Willensbildung an der Hochschule.“* Weiter hieß es: *„Erfüllt die Hochschulgruppe die ihr kraft dieser Satzung obliegenden Pflichten nicht, so kann vom Landesvorstand der Jungen Alternative Bayern im äußersten Fall ein Beauftragter bestellt werden, der vorübergehend die Aufgaben für den Vorstand der Hochschulgruppe wahrnimmt,“* sowie *„Mitglieder müssen nicht Mitglied der Jungen Alternative sein, aber deren Aufnahmekriterien mit Ausnahme des Höchstalters erfüllen sowie mit deren Werten grundsätzlich übereinstimmen.“* Darüber hinaus war das Verlassen der AfD oder der JA als Kündigungsgrund für die CA vorgesehen. Die Satzung musste auf Anweisung der Uni-Verwaltung wegen zu großen Einflusses der externen Gruppierung JA geändert werden. Am 19.9.2018 wurde die Campus Alternative wieder aus der Liste der Hochschulgruppen in Passau gestrichen. Hintergrund waren die Verstrickungen von führenden Mitgliedern mit rechtsextremen Gruppierungen (vgl. Drs. 18/3661) sowie rassistische Posts im Internet. Nach personellen Veränderungen wurde die Campus Alternative in Passau zum Wintersemester 2019/20 wieder als Hochschulgruppe registriert. Dies führte zu Konflikten mit anderen Hochschulgruppen. Die CA führte nun das Logo der JA, behauptete jedoch, keine Verbindungen zur JA zu haben. Die Campus Alternative Passau hat sich am 28.1.2020 wieder aufgelöst.

Aufgrund der Verbindungen zu rechtsextremen und vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierungen sowie der rassistischen Ausfälle von Mitgliedern der Campus Alternative stellen sich auch nach Auflösung der Passauer Gruppe Fragen zu den bayernweiten Strukturen der Campus Alternative.

Wir fragen die Staatsregierung:

- 1.1. Welche ehemaligen und bestehenden Strukturen der Campus Alternative sind der Staatsregierung in Bayern bekannt (Ortsgruppen, überörtliche Strukturen)?
- 1.2. Wie entwickelten sich diese Gruppen an den einzelnen Hochschulen (insbesondere Zeitpunkt der Gründung, Mitgliederzahlen, Mitgliederstruktur, Verhältnis zur Hochschule, ggf. Auflösung)?
- 1.3. Welche organisatorischen und personellen Verbindungen zur Jungen Alternative und zur AfD sind der Staatsregierung bekannt?
 - 2.1. Wie reagierten die einzelnen Hochschulen auf diese Gruppen?
 - 2.2. Welche direkte oder indirekte staatliche Förderung erhielt und erhält die Campus Alternative (z.B. kostenlose Überlassung von Räumen, Fördergelder)?
 - 2.3. Mit welcher Begründung wurde gegebenenfalls die Registrierung als Hochschulgruppe abgelehnt?
- 3.1. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu vergangenen und aktuellen Verbindungen der Campus Alternative zu verfassungsfeindlichen und rechtsextremen Organisationen und Netzwerken (Dritter Weg, Identitäre Bewegung, Junge Alternative, AfD, Burschenschaften usw.)?
- 3.2. Stehen einzelne Mitglieder der Campus Alternative unter der Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz?
- 3.3. Aus welchem Grund wird die Campus Alternative nicht vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet, obwohl die Junge Alternative beobachtet wird?
 - 4.1. An welchen Hochschulwahlen hat die Campus Alternative teilgenommen?
 - 4.2. Welches Ergebnis konnte sie bei diesen Wahlen erreichen?
- 5.1. Welche Aktionen oder Veranstaltungen der Campus Alternative sind der Staatsregierung bekannt?
- 5.2. Gab es im Rahmen dieser Veranstaltungen Gesetzesverstöße?